

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim

April 2023, 33. Jahrg.

Es gab keine (Oster-)geschenke für die Hohenzollern!



Karikatur: Mirjana Rehling

Der Druck in Öffentlichkeit und Parlament war erfolgreich: Das Haus Hohenzollern verzichtet auf Entschädigungszahlungen und Forderungen nach Kulturgütern! „Das ist den mutigen Historiker:innen und Journalist:innen zu verdanken, die trotz drohender Verfahren nicht über die historische Verantwortung der Hohenzollern bei der Machtübernahme der Nazis schwiegen und den vielen Menschen, die die Volksinitiative ‚Keine Geschenke den Hohenzollern‘ unterstützten. Ich möchte allen danken, die sich dafür engagiert haben“, erklärte der Landesvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, Mitte Februar.

(Kein) Mittagessen für Kinder

LINKE beantragte im Landtag kostenfreies Mittagessen für Kinder in Kita und Schule für 2023 und 2024, finanziert aus dem Brandenburg-Paket. SPD, CDU und Grüne lehnten diese Entlastung der Familien ab.

Das Mittagessen für die Kinder in Kitas und Schulen wird in Brandenburg immer teurer. 100 Euro pro Kind pro Monat sind keine Seltenheit mehr. Preissteigerungen bei Lebensmitteln müssen die Caterer weitergeben. Deshalb beantragte DIE LINKE im Brandenburger Landtag am 24. März kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen. „Kinder und Jugendliche brauchen ein warmes ausgewogenes Mittagessen, um gesund und konzentriert durch den Tag zu kommen“, begründete Kathrin Dannenberg, Landtagsabgeordnete der LINKEN, den Antrag im Parlament.

Ja, es gibt z.B. Hilfen für Kinder, die Sozialleistungen beziehen. Aber die bürokratischen Hürden seien hoch, erklärte Dannenberg, ein Zuschuss komme oft erst nach Mona-

ten. Familien müssten in Vorleistung gehen – und können sich das nicht leisten. Auch Familien mit „normalen Einkommen“ können die Preissteigerungen oft nicht mehr auffangen.

Kathrin Dannenberg berichtet von Kitas, in denen Kinder anderen beim Mittagessen zusehen müssen, von leeren Brotbüchsen in den Schulen. Inständig warb sie für den Antrag der LINKEN: kostenfreies Mittagessen in den Jahren 2023 und 2024, bezahlt mit Geld aus dem 2-Milliarden-schweren-Brandenburg-Paket zur Abmilderung der hohen Inflation. DIE LINKE errechnete für 500.000 Kinder einen Finanzbedarf von 120 Millionen Euro pro Jahr.

Der Landtag hat den Antrag am 24. März abgelehnt. Warum, erschließt sich kaum. Die Abgeordnete der

CDU, Kristy Augustin, bestätigte im rbb-Interview die Probleme, die DIE LINKE benannte und, dass sofort eine Lösung gefunden werden müsse. Auf die Nachfrage der Journalistin: „Bis dahin bleiben die Kinder ohne Mittagessen?“, kam ein einfaches: „Ja.“

Einen Antrag der LINKEN, die Kosten für das Mittagessen der Kinder für die Familien auf 2 Euro pro Essen zu deckeln, hatte der Landtag bereits im letzten Jahr abgelehnt.

Andere Bundesländer machen erneut vor, dass ihnen die Essensversorgung der Kinder am Herzen liegt. In Berlin zum Beispiel gibt es seit August 2019 auf Beschluss des Rot-Rot-Grünen Senats kostenfreies Mittagessen bis zur 6. Klasse – für die Chancengleichheit der Kinder in der Bildung. *bc*

In dieser Ausgabe

Chorin:

Eine Perspektive fürs Kloster

LINKE für dauerhafte Trägerstruktur

2

Landtag:

Nicht einmal Geld für die Ärmsten

Antrag der LINKEN auf Beitritt zu einer Stiftung abgelehnt

3

Bernau:

Einige Videos und ihre Geschichte

Bürgermeister bekennt sich zu 400-Meter-Leichtathletik-Bahn

3

Wandlitz:

Viele wollen Geflüchteten helfen

Geplante Flüchtlingsunterkunft in Klosterfelde

3

Barnim:

Neues Projekt zur Wassersicherung

4

Eberswalde:

Der Kranbau braucht eine Zukunft

LINKE setzt sich für Erhalt in Stadt und Land ein

5

Bernau:

Vertrauen in Jugendangebote

LINKE-Antrag beschlossen: 3 Jahre Mietzuschüsse

5

OW-Recht:

Wann verfällt der Urlaub?

Sonderregeln, von Arbeitsrichter André von Ossowski

6

Ahrensfelde:

Die Gemeinde will einen Tunnel

Gegen den Dauerstau

6

Lehrerausbildung:

LINKE schlägt Staatsvertrag vor

7

Für Friedensinitiativen:

Von Sebastian Walter,

Landesvorsitzender (LINKE)

7

OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: www.dielinke-barnim.de

oder Facebook:

[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres.

Eine Perspektive fürs Kloster

Gemeinde Chorin kann das finanzielle Risiko nicht mehr tragen/
DIE LINKE: Eine dauerhafte Trägerstruktur ist nötig.

Von Ralf Christoffers
Kreistagsabgeordneter

Die Gemeinde Chorin hat entschieden, den Vertrag mit dem Land Brandenburg zur Bewirtschaftung der Liegenschaft des Klosters Chorin nicht weiterzuführen.

Bisher wurde die Entwicklung durch einen Eigenbetrieb der Gemeinde sichergestellt.

In den Verhandlungen vor diesem Beschluss wurde eine deutliche Erhöhung der jährlichen Zuwendungen durch das Finanzministerium zugesagt, um einen Verlustausgleich für den Eigenbetrieb und die Gemeinde sicherzustellen. Dennoch wurde das Risiko für die Gemeinde durch die Gemeindevertreter als zu hoch eingeschätzt, da die vorhandenen Gelder Chorins begrenzt sind.

Die Debatte um eine ausgewogene Trägerstruktur für das Kloster wird seit Jahren geführt. Dass eine kleine Gemeinde wie Chorin eine Anlage mit einem derartig bedeutenden historischen und musealen Stellenwert sowie einer großen Ausstrahlung als Veranstaltungsort betreibt, ist in

Brandenburg einmalig. Für andere Liegenschaften, die bedeutende Klöster umfassen, gibt es größere Träger, wie z.B. Stiftungen. Für die Gemeinde war eine Überforderung absehbar, zumal Entscheidungen des Brandenburger Kulturministeriums zur inhaltlichen Perspektive der Klosteranlage seit über einem Jahr ausstehen und es in der Region unterschiedliche Ansichten zur Ausrichtung der Tätigkeit gibt. Um das Problem zu lösen, müssen sich Land und Kreis für eine 3-jährige Übergangszeit auf eine gesicherte Finanzierung verständigen und sich eng mit dem Amt Britz-Chorin-Oderberg sowie der Gemeinde Chorin verständigen.

Die Bereitschaft zu zeitnahen Gesprächen mit dem Ziel einer Einigung ist bei allen Beteiligten vorhanden. In den nächsten drei Jahren können die Grundsatzentscheidungen getroffen und eine entsprechende Trägerstruktur gebildet werden, die eine erfolgreiche Entwicklung ermöglichen und der Bedeutung des Kloster entspricht.

Diese entstandene Situation beinhaltet auch eine Chance, in den nächsten drei Jahren Fragen zu klären, de-

ren Entscheidungen in den letzten 30 Jahren immer wieder vertagt wurde.

Zum Beispiel über den Stellenwert des Klosters insgesamt in der Regional- und Landesentwicklung. Oder über das Verhältnis der historischen musealen Angebote und der Anlage als Veranstaltungsort. Und letztlich geht es um eine dauerhafte Finanzierung: Wie hoch muss eine Grundfinanzierung sein und wie kann sie gesichert werden? Basis dafür muss eine dauerhafte Trägerstruktur werden. Wie sie aussehen kann – dazu müssen sich alle Beteiligten verständigen.



Kloster Chorin: Die ehemalige Zisterzienseranlage ist ein touristischer Anziehungspunkt. Parallel finden hier viele Veranstaltungen und Konzerte statt. Die Gemeinde Chorin kann das finanzielle Risiko nicht mehr tragen. Ralf Christoffers, Kreistagsabgeordneter der LINKEN, bemüht sich seit Jahren um eine finanzielle Absicherung der Klosteranlage und eine dauerhafte Trägerstruktur. Foto: bc

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Es können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisvorstand: 19. April, 9. Mai, 6. Juni, jeweils 18 Uhr, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

► **Mitgliederversammlung der LINKEN Barnim:** 29. April, 18 Uhr, Rotunde Bernau

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[*solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde,

E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; zurzeit Online: 27. Februar und 25. April, 15. Mai, 12. Juni, jeweils 18 Uhr, Biesenthal „Alte Eiche“; Kreistag: 21. Juni, 17 Uhr, Kreishaus, Am Markt 1

Ahrensfelde: Fraktionssitzung: 13. April, 11. Mai, 15. Juni, jeweils 17 Uhr, Seniorenbegegnungsstätte, Gemeindevertreter-sitzung: 17. April, 15. Mai, 19. Juni, jeweils 19 Uhr, Orts- und Gemeindezentrum Ahrensfelde, Lindenberger Str. 1B

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 8. Mai, 5. Juni, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau, Berliner Str. 17

Stadtfraktion: 10. Mai, 28. Juni, 18 Uhr, Bürgerzentrum Bernau, Kontakt: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252; Stadtverordnetenversammlung: 11. Mai, 29. Juni, jeweils 16 Uhr, Neues Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

► **Mitgliederversammlung der LINKEN Bernau:** 10. Juni, 18 Uhr, Rotunde Bernau

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online,

Stadtverordnetenversammlung: 11. Mai, 19 Uhr, Grundschule „Am Pfefferberg“, Bahnhofstr. 9-12

Eberswalde: Stadtvorstand: Kontakt: Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.

Fraktionssitzung: 26. Juni, 18 Uhr, Bürgerbüro, Anfragen an E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de;

Stadtverordnetenversammlung: 2. Mai, 30. Mai, 27. Juni, 18 Uhr, Familiengarten, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1

Chorin: Gemeindevertretersitzung: 27. April, 25. Mai, 19 Uhr, Rathaus Britz, Eisenwerkstr. 11

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu,

Fraktion: 16. Mai, 13. Juni, jeweils 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

Gemeindevertretersitzung: 30. Mai, 27. Juni, jeweils 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt,

Gemeindevertretersitzung: 26. April, 28. Juni, jeweils 19 Uhr, Schule Finowfurt

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de;

Gemeindevertretersitzung: 25. Mai, 18 Uhr, „Goldener Löwe“, Breitscheidstraße 18, Wandlitz

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Ortsverband: 5. Mai, 2. Juni, jeweils 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof Werneuchen, Stadtfraktion: 20. April, 9. und 23. Mai, 15.

Juni, Stadtverordnetenversammlung: 25. Mai, 19 Uhr, Adlersaal, Berliner Allee 18a

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Matthias Holz
(mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian
Walter (ViSDP/sw),

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 21.000

nächster Redaktionsschluss:
22. Mai 2023

nächster Erscheinungstermin:

14. Juni 2023 (kreisweite Verteilung mit
Märkischem Markt).

Online-Ausgaben:

mittwochs und sonntags auf
www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. OW entscheidet über die Ver-
öffentlichung eingesandter Zuschriften
und kann diese Sinn wärend kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de
alle archivierten Zei-
tungen vorhanden.

oder direkt:



Landtag Brandenburg: Nicht einmal Geld für die Ärmsten

Rentner:innen, die wegen ungerechter Ost-West-Überleitung eine Rente unter 830 Euro bekommen, erhalten einmalig 2.500 Euro vom Bund. Eine Verdopplung der Summe lehnten SPD, CDU und Grüne ab.

Von Sebastian Walter
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Landtag

Die Bundesregierung hat einen Fonds eingerichtet, um Härtefälle abzumildern, die sich aus Rentenunrecht ergeben. Dies betrifft Menschen, die in der Ost-West-Rentenüberleitung durchs Raster gefallen sind. Dafür hat der Bund für die nächsten drei Jahre eine Stiftung eingerichtet. Die Leistungen der Stiftung richten sich zum Beispiel an Härtefälle in der Ost-West-Rentenüberleitung, die einen erheblichen Teil ihrer Arbeits- und Lebensleistungen in der DDR erbracht haben. Ostrentner:innen können aus diesem Härtefallfonds eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro erhalten, wenn sie zum

Stichtag am 1. Januar 2021 nur eine Rente unterhalb von 830 Euro bekommen haben. Das ist die Grundsicherungsgrenze. Diese Einmalzahlung ändert zwar nichts am Rentenunrecht, das vor allem in der DDR geschiedene Frauen betrifft, deren Ansprüche nicht in das Rentensystem der BRD überführt wurden oder Betriebsrenten aus bestimmten Branchen. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung und mildert im Einzelfall die Altersarmut etwas ab.

Die Bundesländer hatten außerdem die Möglichkeit, der Stiftung bis 31. März 2023 beizutreten, wenn sie einen finanziellen Anteil in Höhe von 50 Prozent einbringen. Das Land Brandenburg hätte dieser Stiftung beitreten können – und damit Anspruchsberechtigte aus Brandenburg

den doppelten Betrag erhalten können, also 5.000 Euro statt 2.500 Euro. Das Land Brandenburg weigerte sich aber bis Anfang März, dem Fonds beizutreten. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen waren Vorreiter und sind diesen Schritt bereits zu Gunsten der Rentner:innen mit sehr geringer Rente gegangen.

DIE LINKE hat deshalb im Landtag am 24. März beantragt, dass Brandenburg doch noch dieser Stiftung beitrifft. Damit könne zumindest ein Teil der bei der Rentenüberleitung entstandenen Ungerechtigkeiten für die Ostrentner:innen abgemildert werden. Wir schätzen, dass es in Brandenburg etwa 10.000 Anspruchsberechtigte gibt. Aber die Abgeordneten der Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen ließen sich nicht erweichen.

Sie lehnten den Antrag ab. Damit bleibt es dabei, dass Brandenburger Anspruchsberechtigte nur 2.500 statt 5.000 Euro beantragen können.

Dieser Härtefallfonds des Bundes kann nur ein erster Schritt sein. Aus ihm muss ein „Gerechtigkeitsfonds“ werden, damit alle vom Renten- und Versorgungsunrecht-Ost betroffenen Personen- und Berufsgruppen unabhängig von Bedürftigkeit einen angemessenen Ausgleich erhalten.

Alle Anspruchsberechtigten sollten ihre Anträge stellen. Denn aus diesem Fonds gibt es nur Geld auf Antrag. Und dieser muss bis zum 30. September 2023 gestellt werden.

Wer Hilfe benötigt, kann sich an das Wahlkreisbüro in Eberswalde wenden: Tel.: 03334-385488 oder E-Mail: info@dielinke-barnim.de.

Einige Videos und ihre Geschichte

Bernaus Bürgermeister André Stahl bekennt sich zu einer 400-Meter-Leichtathletikanlage.



Sie hatten viel Spaß zusammen: Links: Bei einem Vereinswettkampf am 25. September, bei dem Stadtverordneter Matthias Holz (LINKE) die Leichtathleten von SG Empor Niederbarnim in 5 Disziplinen herausforderte, um auf ihre bescheidenen Trainingsbedingungen aufmerksam zu machen.



Rechts: 18. März: Die Leichtathlet:innen hoffen nun – nach Aussage von Bürgermeister André Stahl – auf eine 400-Meter-Bahn in Bernau. Matthias Holz (Bildmitte), erhielt ein signiertes T-Shirt von Deutschen Meisterschaft. Fotos: bc, SG Empor

Große Freude löste Bernaus Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) am 18. März auf dem Landesverbandstag der Leichtathleten aus, der in diesem Jahr in Bernau stattfand. Stahl bekannte sich dazu, dass Bernau eine 400-Meter-Laufbahn für die Leichtathleten bekommen soll, „noch vor Ende seiner Amtszeit“.

Der Verein SG Empor Niederbarnim nutzte die Gelegenheit, um sich bei Matthias Holz, Stadtverordneter der LINKEN, zu bedanken, der mit seinen Ideen und Mitsreiter:innen dafür gesorgt hatte, dass die bescheidenen Trainings- und Wettkampfbedingungen der Leichtathlet:innen stärker in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Der Stadtverordnete hatte über Monate mit satirischen Videos, die auf dem

Youtube-Kanal der Barnimer LINKEN zu sehen sind, die Leichtathlet:innen zu einem Wettstreit in 5 Disziplinen herausgefordert.

Unterstützt wird „Empor“ seit langem von der Gemeinde Panketal: Auf dem Sportplatz der Gesamtschule darf trainiert werden, eine Flutlichtanlage wurde gebaut, auf Antrag von Grünen und LINKEN in der Gemeindevertretung. Aber das grundlegende Problem ist akut: Im Großraum Bernau, Panketal, Wandlitz gibt es keine 400-Meter-Bahn bzw. eine wettkampffähige Leichtathletikanlage. So machen Trainer:innen, engagierte Eltern und Sportler:innen wett, wo es an Trainingsbedingungen mangelt: Der SG Empor Niederbarnim gehört zu den erfolgreichsten Leichtathletikverei-

nen in Brandenburg, schickt regelmäßig Sportler:innen an die Sportschule nach Potsdam, qualifiziert Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an Deutschen Meisterschaften und erringt dort Medaillen. Und das, obwohl der Speer im Training nicht zu weit fliegen darf, um niemanden zu gefährden, die Laufbahn nur 152 Meter hat und damit sowohl Staffel- als auch Hürdenttraining niemals unter Wettkampfbedingungen stattfinden kann. Deshalb die kurzweiligen Videos auf Youtube, deshalb ein toller Vereinswettkampf am 25. September. Bei dem es – neben viel Spaß – auch noch einen tollen Nebeneffekt gab: Die Unterstützer:innen der LINKEN, Dagmar Enkelmann, Ralf Christoffers, Janine Gebauer und Sebastian Walter,

spendeten insgesamt 650 Euro an den Verein, da sie auf den Sieg von Matthias Holz gesetzt hatten, der trotz einiger „Vergünstigungen“ nicht gegen seine jugendlichen Konkurrent:innen gewinnen konnte.

Für diese Unterstützung hatten die „Empor“-Sportler:innen eine gute Überraschung parat: Sie überreichten Matthias Holz auf der Landesmitgliederversammlung ein signiertes Trikot von den diesjährigen Deutschen Meisterschaften. **bc**

Die Videos sind zu finden auf:
https://www.youtube.com/watch?v=muHr1_yaz-JA&list=PLohkodIdsfz-HMuWwBruCbokmTe-WVdR30m



„Viele wollen Geflüchteten helfen“

Wegen einer Flüchtlingsunterkunft für 79 Menschen ist die Stimmung in Klosterfelde aufgeheizt. Parallel entstehen Wohnungen für 1.000 neue Einwohner:innen. Der Wandlitzer Ortsteil wächst. Was ist nötig für ein friedliches Zusammenleben? Wie kann man wie helfen?

Isabelle Czok-Alm
Gemeindevertreterin Wandlitz

Mit seiner Sendung „Wir müssen reden“ war der rbb am 28. Februar vor Ort in Wandlitz. Der Anlass: 2.034 Geflüchtete muss der Landkreis Barnim in diesem Jahr unterbringen. Für 79 davon soll eine Unterkunft in Klosterfelde errichtet werden. Im Ort wurde massiv Stimmung dagegen gemacht, Klosterfelde geriet in die Schlagzeilen. Die 90-minütige Live-Sendung ließ verschiedenste Statements zu. Entsetzt sah man jedoch in den Gesichtern über das „letzte Wort“. Dies durfte Klosterfeldes Ortsvorsteher Rico Brauer äußern und es klang wie eine Drohung: Wenn man die Probleme mit der Migration nicht lösen würde, dann wird das Volk diese alleine lösen und davor warne er.

Zum Glück gibt es aber auch andere Menschen in Klosterfelde und Wandlitz, die andere Auffassungen vertreten. Im „Runden Tisch Willkommen in Wandlitz“ haben wir ein Netzwerk gebildet, mit dem wir ehrenamtlich Hilfe für Geflüchtete or-

ganisieren. Nach dieser rbb-Sendung sind neue Mitstreiter:innen dazu gekommen, die mit der aufgeheizten Stimmung in Klosterfelde nicht leben und „etwas tun“ wollen.

In Klosterfelde gibt es schon länger rechtspopulistische Tendenzen. Die „Barnimer Freundschaft“ und der „III. Weg“ hetzen genauso gegen eine Flüchtlingsunterkunft wie Kommunalvertreter:innen der AfD. Dabei stimmen alle möglichen Argumente nicht: Es gibt keine höhere Kriminalitätsrate im Umfeld der drei bereits existierenden Wandlitzer Flüchtlingsheime. Und vor allem ist die Diskussion um fehlende Infrastruktur wie fehlende Ärzte oder Kitaplätze zynisch. Denn in Klosterfelde werden 350 neue Wohneinheiten entstehen, damit wird der Ortsteil um rund 1.000 neue Einwohner:innen wachsen. Für alle also muss die Infrastruktur angepasst werden. Das kann doch also kein Grund sein, gegen ein Heim zu protestieren, in dem 79 Geflüchtete untergebracht werden sollen. Gegen den Neubau so vieler Wohnungen jedenfalls hat niemand protestiert. Ich

war die einzige im Ortsbeirat Klosterfelde, die nicht dafür gestimmt hat. Aber das „Bündnis für Klosterfelde“ mit Ortsvorsteher Rico Brauer, war einstimmig dafür. Dieses Bündnis hat Probleme als Grund gegen das Flüchtlingsheim genannt, die nichts damit zu tun haben.

Wie die Stimmung im Ort einzuschätzen ist, ist schwierig. Die Gemeindevertreterversammlung Wandlitz entschied sich am 16. Februar dafür, die Flüchtlingsunterkunft zu unterstützen. Allerdings müssen die Bedingungen verbessert werden: Freizeitangebote und ein Kinderspielplatz sind genauso nötig wie ordentliche Betreuungsangebote für traumatisierte Menschen. Für diesen Beschluss wurden wir angefeindet, konnten manchmal während der Sitzung inmitten lautstarker Proteste von Gästen kaum unsere eigenen Worte verstehen. Aber leider hört man öffentlich nur die, die laut herubrüllen.

Inzwischen haben sich viele gemeldet, die anderer Meinung sind. Das ist wichtig, auch uns Mut zu machen, die wir in der Öffentlichkeit

agieren. Viele haben sich gemeldet, die helfen wollen, andere haben mich ermutigt, mich weiter für Geflüchtete einzusetzen. Rund 40 Menschen haben sich inzwischen beim „Runden Tisch“ gemeldet, die in den Unterkünften helfen wollen. Einige schauen sich in den bestehenden drei Einrichtungen bereits um, um zu sehen, was alles nötig ist. Der „Runde Tisch“ plant Workshops, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Wer kommen möchte:

Jeden zweiten Dienstag treffen sich Vertreter des „Runden Tisches Willkommen in Wandlitz“ im Conrad-Haus in Wandlitz, Thälmannstr. 2; im April im Übergangwohnheim Bernauer Chaussee 26.

Kontakt: rundertisch@willkommeninwandlitz.de

Die Aufzeichnung der rbb-Sendung findet sich auf:

<https://www.rbb-online.de/wirmuessenreden/videos/immer-mehr-fluechtlinge-kommen-wir-ans-limit.html>



Wasser ist nicht immer da, wo es gebraucht wird

Neues Projekt für Barnim und Uckermark: Gemeinsam mit Eigentümern von Flächen Lösungen finden

Ralf Christoffers
Kreistagsabgeordneter der LINKEN

Ein relativ kleiner Zuschuss mit großer Wirkung: Für die Jahre 2023 bis 2025 kofinanzieren die Landkreise Barnim und Uckermark mit jeweils 10.000 Euro jährlich ein Programm des Bundes. Damit können Maßnahmen für den Wasserrückhalt in der Region entwickelt werden. Dies ist wichtig, damit sich der Grundwasserspiegel stabilisiert und die Wasserversorgung für Privathaushalte und Unternehmen gesichert wird. Diese Gemeinschaftsaktion von Barnim und Uckermark umfasst das Gebiet der gleichnamigen Regionalen Planungsgemeinschaft, so dass sich auch hier Synergien ergeben können.

Die Idee ist, mit landwirtschaftlichen Unternehmen, Waldeigentümern, Kommunen – also die Eigentümer von Flächen – konkret zu schauen, wo sich was umsetzen lässt. Also zum Beispiel Abflussgräben in Wäldern zu schließen, Söller wieder beleben, Gräben für den Wasserrückhalt anzulegen. Und für den Fall, dass zum Beispiel auf landwirtschaftlichen Flächen bestimmte Anpflanzungen nicht mehr möglich sind, nach Aus-



gleichsmaßnahmen zu suchen. Dafür braucht es qualifizierte Ansprechpartner:innen, zwei werden voraussichtlich zum Sommer in der Kreisverwaltung Uckermark angestellt werden, zuständig für Barnim und Uckermark.

Der Vorteil in unserer Region: Barnim und Uckermark arbeiten zum Wassermanagement bereits seit Jahren zusammen. Über die Regionale Pla-

nungsgemeinschaft wurden die beiden Kreise bereits 2020 beauftragt, regionalspezifische Daten zum Landschaftswasserhaushalt durchzuführen. Das Ergebnis liegt seit November 2021 vor. Enthalten sind zum Beispiel Einschätzungen zu Hochwasserrisiken, Gefährdung von Oberflächenwasser und Moore durch Trockenheit, Probleme durch Wind und Wasserosion, Wasserrückhaltevermögen von Böden in verschiedener Nutzung, die Wasserbilanz der Region. Zugrunde liegen dabei Klimamodelle des Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Damit sind bereits

viele Vorleistungen erbracht, um nun weitere konkrete Projekte in Angriff zu nehmen; sicher auch ein Grund, weshalb die Region durch das Bundesprogramm „Resiliente Regionen“ gefördert wird.

Bisher haben auch Kommunen schon einiges zur Verbesserung des Wasserrückhalts getan. In Bernau und Panketal zum Beispiel durch die Re-

naturierung der Panke, in Eberswalde durch die geplante Renaturierung der Schwärze. Durch Renaturierung der Flüsse verbessert sich die Qualität des Oberflächenwassers, welche wiederum das regionale Klima beeinflusst.

Deutschland muss sich zur Senkung des Verbrauchs bekennen, nicht allgemein, sondern pro Kopf oder pro Produkt. Das kann mit verbesserter Kreislaufwirtschaft funktionieren. Mit Regelungen, wozu Trinkwasser verwendet werden kann. Und: Deutschland hat noch genug Wasser, aber es ist nicht immer da, wo es gebraucht wird.

Auf der Weltwasserkonferenz der UNO im März haben 150 Staaten rund 700 Projekte benannt, die per Selbstverpflichtungen umgesetzt werden sollen. Kosten: Rund 400 Milliarden Euro. Es geht um die Sicherung der Qualität des Grund- und Fließwassers, um Wasserrückhalt in der Landschaft, Wiedervernässung von Böden, Aufforstungen usw.

Das setzt die tatsächliche Bereitschaft voraus, etwas dafür zu tun, da nur eine „Freiwilligkeit“ und keine „Verbindlichkeit“ vereinbart wurde. Aber damit haben wir im Barnim bereits vor Jahren begonnen.

Der Kranbau braucht eine Zukunft in Eberswalde

Das Traditionsunternehmen befindet sich im Insolvenzverfahren trotz voller Auftragsbücher. Für den Erhalt setzt sich DIE LINKE in der Stadt und im Land ein.

Von Sebastian Walter,
Eberswalde, Landtagsabgeordneter

In den Häfen von Rostock, Hamburg, Tel Aviv oder Saigon ist Eberswalde zu Hause. Weltweit wird mit den Kränen aus dem Kranbau gearbeitet. Sie sind der ganze Stolz der Stadt. Jede Familie in der Region hat eine Beziehung zu diesem seit 1902 arbeitenden Betrieb, allein zu DDR-Zeiten arbeiteten über 3.500 Menschen dauerhaft im volkseigenen Betrieb. Nach der Wiedervereinigung wurde auch der Kranbau Opfer der Treuhand, konnte aber gerettet werden. Nach einigen Widrigkeiten produzierte der Betrieb bis vor einem Jahr weiterhin Kräne und zählte zu den innovativsten Herstellern weltweit. Volle Auftragsbücher und die motivierten 160 Mitarbeiter:innen waren dafür ein deutliches Zeichen.

Für viele überraschend geriet das Traditionsunternehmen in Schieflage und musste im April 2022 trotz voller Auftragsbücher Insolvenz anmelden. Erst war es der angeblich fehlende Stahl aus der Ukraine, dann sollten es

doch Fehler des Managements gewesen sein. Fakt ist, die Hängepartie hält seitdem an. Die Schließung des Kranbaus wäre eine Katastrophe und ein weiterer Tiefschlag für die Waldstadt.

Erst vor wenigen Jahren konnte das Bahnwerk gerade so gerettet werden. Das Industrieunternehmen ThyssenKrupp Rothe Erde dagegen mit 79 Beschäftigten wurde Ende 2021 geschlossen. Hier waren Blattlager für Onshore-Windenergieanlagen gefertigt worden.

Der Kranbau bleibt als letztes größeres Industrieunternehmen übrig und zahlt als einziges Unternehmen in Eberswalde nach Flächentarifvertrag. Sorgt also für gute Arbeit und gute Löhne. Für DIE LINKE war von Beginn an klar, dass der Kranbau gerettet werden muss, und zwar unter eindeutigen Bedingungen: Erhalt aller Arbeitsplätze und keine Abstriche bei Löhnen oder Arbeitsbedingungen. Der Kranbau darf nicht verschachert werden.

Seit Beginn des Insolvenzverfahrens haben wir als LINKE in Absprache mit dem Betriebsrat das Thema

immer wieder im Landtag auf die Tagesordnung gebracht und auch die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. Nach langem Hin und Her hat sich auch die Landespolitik bewegt und zieht jetzt mit der Stadt an einem Strang. Das ist richtig und notwendig.

Banner allein werden aber nicht reichen. Im laufenden Insolvenzverfahren mit der gegründeten Transfergesellschaft ist in den nächsten drei Monaten eine Entscheidung nötig. Es braucht jetzt die Zusammenarbeit aller Beteiligten und ein deutliches Signal: Ein Ausverkauf des Kranbaus oder gar eine Schließung darf es nicht geben! Darauf kommt es jetzt an: Der Kranbau hat eine Zukunft. In Eberswalde und mit Eberswalde.

Der „Eberkran“ ist ein weithin sichtbares Wahrzeichen des Familiengartens in Eberswalde. Das 1952 im Kranbau errichtete Montagegerät sollte nicht zum Sinnbild werden: Der Kranbau braucht eine Zukunft und sollte nicht zum Museum werden.

Foto: P. Bochow



Vertrauen in Jugendangebote

Stadt Bernau legt sich auf Antrag der LINKEN auf 3 Jahre fest: Mietzuschüsse für die Jugendfreizeiteinrichtungen

Mit einem Offenen Brief haben sich die Träger der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Bernau, (Freizeithäuser Yellow und Konfetti, Jugendtreff Dosto und Frischluft) an die Stadtverordneten gewandt, weil sie um den Fortbestand der Einrichtungen fürchteten. Anlass waren vorhergehende Debatten in den Ausschüssen, aus denen hervorging, dass einige Stadtverordnete den vertraglich vereinbarten Mietzuschuss der Stadt Bernau für die Jugendeinrichtungen nicht verlängern wollten.

Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung am 23. März hatte die Fraktion der LINKEN im Sozialausschuss eine Verlängerung des Mietzuschusses um drei Jahre, statt der geplanten einjährigen Verlängerung, gefordert. Dies wurde als Ausschussempfehlung angenommen und nur von der CDU nicht unterstützt.

Bei der Sitzung der Stadtverordneten sah dies anders aus. Hier war es die AfD, die vor allem das Dosto nicht weiter fördern wollte. Unterstützt von der CDU, stellten sie den Antrag, das Dosto aus der Ausschussempfehlung



Juchu, es geht weiter!

des Sozialausschusses herauszulösen. Dieser Antrag wurde abgeschmettert und der Mietzuschuss später für alle Jugendclubs um drei Jahre verlängert.

Zuvor verwies die Ausschussvorsitzende, Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), nochmals darauf, welche wichtige Arbeit in all diesen Jugendclubs gemacht wird und dass wir als Stadt froh sein können, dass wir solche vielfältigen Angebote haben.

Ihr Kollege Matthias Holz rief die Stadtverordneten zu mehr Fingerspitzengefühl auf. Es sei legitim Fragen zu stellen, aber dennoch müs-

se man den Jugendclubs in schwierigen Zeiten wie der Corona-Beschränkungen und den laufenden Preissteigerungen Vertrauen entgegenbringen, denn dieses „hätten sie verdient.“ Er bezog sich hierbei auf die Abstimmung im Finanzausschuss, wo der Antrag bei nur 2 Ja-Stimmen und 5

Enthaltungen nur eine knappe Mehrheit bekommen hatte.

Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) zeigte sich nach der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung froh, „dass wir hier das richtige Signal in Richtung der guten und wichtigen Arbeit der Jugendeinrichtungen senden.“ Stahl weiter: „Ich freue mich, dass die Stadt Bernau jedes Jahr mehrere 100.000 Euro freiwillig zur Verfügung stellt für die Jugendangebote, die eigentlich eine Aufgabe des Landkreises sind.“

Bild: pixabay

Beratungs-Angebot:

Im Bürgerbüro der LINKEN in Bernau wird alle zwei Wochen, immer dienstags von 16 bis 18 Uhr, eine kompetente soziale Beratung angeboten, von Tina Keilling, Rehapädagogin und systemische Beraterin. Bitte gern vorher im Bürgerbüro einen Termin buchen.

Nächste Termine:

25. April, 9. und 23. Mai,
16 bis 18 Uhr

Ort: Bürgerbüro der LINKEN,
Berliner Straße 17

Telefon: 03334-236986

Probleme mit dem Jobcenter?

Probleme mit dem Energieversorger oder Vermieter?

Probleme mit der Versorgung von Angehörigen?

Probleme, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben?



DIE LINKE. Barnim hilft!

Bereits mit Urteil vom 22.09.22 (AZ C-120/21) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur Verjährung von Urlaubsansprüchen im deutschen Recht entschieden. Rechtsgrundlage ist die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, worauf auch der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub beruht, natürlich im Zusammenhang mit dem deutschen Urlaubsgesetz.

Zur Erinnerung (siehe *OW Februar*): Urlaubsansprüche, die wegen einer langandauernden Arbeitsunfähigkeit nicht in Anspruch genommen werden können, verfallen nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) nicht am 31.3. des Folgejahres, sondern in EU-rechtskonformer Auslegung erst am 31.3. des übernächsten Jahres; also erst 15 Monate nach Ende des Urlaubsjahres.

Der Urlaubsanspruch ist generell ein befristeter Anspruch, bezogen auf das Kalenderjahr. Aber was ist mit dem Urlaub aus dem Jahr, indem zum Beispiel Langzeiterkrankte noch gearbeitet haben und **Arbeitgeber:innen in diesem Jahr den Hinweisobligationspflichten auf einen möglichen Verfall von Urlaub nicht nachgekommen sind**? Dann tritt auch 15 Monate nach Ablauf des Urlaubsjahres kein Verfall dieser Ansprüche ein. Hier geht es nämlich nicht um die unbegrenzte Ansammlung von Urlaubsansprüchen nach sehr langer Krankheit, sondern nur um den Urlaub in dem Jahr, wo Arbeitnehmer:innen erkrankten.

Der EuGH hat deutlich darauf

Wann verfällt Urlaub? Sonderfälle.



**OW-Recht:
Aktuelle Fragen an Arbeitsrichter
André von Ossowski**

hingewiesen, dass Urlaub der **dreijährigen Verjährungsfrist** nach § 195 BGB **unterliegen kann**. Grundsätzlich haben Arbeitgeber:innen dafür zu sorgen, dass Beschäftigte Urlaub nehmen können und – sofern das nicht möglich ist – auf eine mögliche Verjährung hinzuweisen und zwar **vor** der Arbeitsunfähigkeit.

Nach der nun veröffentlichten Rechtsprechung dürfte allerdings davon ausgegangen werden, dass Arbeitgeber:innen eine jährliche Belehrung zum möglichen Verfall noch offener Urlaubsansprüche regelmäßig vornehmen werden und wohl auch müssen, sonst verjährt der Urlaub nicht.

Verfallen kann der Urlaub auch, wenn Arbeitgeber:innen den Arbeitnehmer:innen **beantragten Urlaub ablehnen**, weil dringende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche Anderer, die unter sozialen Gesichtspunkten Vorrang verdienen, entgegenstehen. Hier verfällt der Urlaub nach dem Bundesurlaubsgesetz (BUrlG), wenn er nicht bis zum 31.3. des Folgejahres genommen ist, aber es gilt auch hier die Belehrungs-

pfligt. Und: Die Voraussetzungen der Ablehnung müssen auch tatsächlich vorgelegen haben und nicht einfach nur behauptet werden. Es lohnt sich also, sollte man davon betroffen sein, dies gerichtlich überprüfen zu lassen. Denn wenn der Ablehnungsgrund der Arbeitgeber:in nicht gerichtlich belegbar ist, können Arbeitnehmer:innen einen Schadensersatzanspruch haben. Nicht in Geld, aber in freien Tagen in der Höhe des Urlaubs, der dann faktisch widerrechtlich nicht gewährt wurde.

Ein weiterer besonderer Fall sind Urlaubsansprüche, die bestanden, als die Arbeitnehmerin in **Mutterschutz**

wegen Schwangerschaft oder Arbeitnehmer:innen in **Elternzeit** gingen. Hier ist die Rechtsgrundlage das Bundeselternzeitgesetz. Danach können Arbeitgeber:innen den Urlaubsanspruch für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel kürzen. (Dies gilt nicht, wenn während der Elternzeit in Teilzeit gearbeitet wird.) Hat man also noch Resturlaub aus der Zeit vor Mutterschutz und Elternzeit, muss dieser im laufenden oder im nächsten Urlaubsjahr gewährt werden, in dem die Arbeit erstmals wieder aufgenommen wird. Im umgedrehten Fall, also: hat man bereits zuviel Urlaub erhalten, können Arbeitgeber:innen künftigen Urlaub kürzen. Beendet man zwischenzeitlich das Arbeitsverhältnis, müssen Arbeitgeber:innen den noch nicht gewährten Urlaub „auszahlen“.

Somit kann auch ein Urlaubsanspruch, der viele Jahre vorher entstand, noch in dem Jahr, in dem die Elternzeit endet und/oder im darauffolgenden Jahr genommen werden. Das „darauffolgende Jahr“ gilt dann, wenn Kinder so kurz vor dem Jahreswechsel geboren werden, dass deshalb der Urlaub im Jahr des Endes der Elternzeit gar nicht mehr in Gänze genommen werden könnte. Eine Verjährung kann also, unter Beachtung der Hinweispflichten der Arbeitgeber:innen, erst zu Beginn des nächsten Kalenderjahres beginnen und endet mit Ablauf des 31.12. drei Jahre später.

Seit 30 Jahren Dauerstau auf der B158: Ahrensfelde will eine „Tunnellösung“

Gemeindevertretung und Ahrensfelder Bürger:innen wollen eine „Tunnellösung“ für die Ortsumfahrung der B158. Die derzeitige Planung des Bundesverkehrsministeriums sieht eine 4-spurige Schnellstraße vor, die die Gemeinde zerschneiden würde. Dagegen wurde am 25. Februar und 25. März demonstriert.

Christina Emmrich
Gemeindevertreterin
Ahrensfelde, DIE LINKE

Zweimal bereits haben die Mitglieder der Gemeindevertretung die Ahrensfelder:innen zur Demo eingeladen: Am 25. Februar und am 25. März. Immer nahmen hunderte Menschen teil.

Grund dafür ist der Dauerstau auf der B 158, der seit 30 Jahren durch eine Ortsumfahrung behoben werden soll. Die Verkehrsströme haben in diesem Zeitraum immer weiter zugenommen. Und nicht nur, dass die Einwohner:innen seit dieser Zeit regelrecht veräppelt werden, ist und bleibt die bisher vorliegende Planung lediglich ein Autobahnzubringer für Berlin. Sie wird von uns nicht akzeptiert.

Die Gemeindevertretung sprach

sich einstimmig für eine „städtebaulich vertretbare Variante“ aus. Wie diese aussehen müsste, damit Ahrensfelde seinen gemeindlichen Charakter behalten kann, hat die Gemeindevertretung an den Bundesminister für Digitales und Verkehr, Herrn Dr. Wising, geschickt. Darauf gab es eine Antwort, die einfach nur ignorant war.

Die Gemeindevertretung Ahrensfelde steht einstimmig für eine „Tunnellösung“. Diese ist bisher nur für das Berliner Gebiet geplant, für das Gebiet unserer Gemeinde „wird es zu teuer“. Ahrensfelde soll deshalb mit einer vierspurigen Schnellstraße zerschnitten werden, auf der man bis zu 100-Stundenkilometer schnell fahren können soll. Wir wollen statt dessen eine echte Ortsumfahrung für unsere Gemeinde.

Wir bleiben dran und werden weitere Demos organisieren.



Hunderte demonstrierten für eine bessere Ortsumfahrung von Ahrensfelde, Foto von der Demo am 25. März. Foto: F. Müller

„Den Preis zahlen die Menschen, die um ihr Leben kämpfen.“

Ostermärsche, Forderungen nach Waffenstillstand oder Verhandlungen:
DIE LINKE steht weiter für Frieden, ohne die Demokratie in Frage zu stellen.

Von Sebastian Walter,
Landesvorsitzender DIE LINKE

Vor über einem Jahr hat Russland die Ukraine überfallen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich versuchte, meine Sprachlosigkeit in Worte zu fassen. Irgendwie zu verstehen, was man nicht verstehen kann. Krieg. Krieg in Europa. Der 24. Februar 2022 hat alle Gewissheiten davongefegt. Nur die eine blieb: Nie wieder soll jemand eine Waffe in die Hand

nehmen müssen. Nie wieder soll es Kriege geben.

Wir wissen, dass dieser Konflikt nicht erst am 24. Februar 2022 begann. Wir wissen von entsetzlichen Fehlern, die die Staaten des Westens, als NATO, als EU gemacht haben. Die wir als LINKE immer kritisiert haben, auch weiter kritisieren.

Und doch stellt all das keine Rechtfertigung dar, keine Entschuldigung, nicht einmal als Erklärung darf es dienen, für den unentschuldbaren

Bruch des Völkerrechts. Dem Angriffskrieg, der von Russland ausging.

Hinter „Völkerrechtsbruch“ darf niemals ein „Aber“ stehen. Egal um welchen Krieg es sich handelt. Putin ist der Aggressor. Und er ist auch der, der diesen Krieg beenden kann.

Doch die Realität sieht anders aus.

Deutschland und Europa setzen auf Wirtschaftssanktionen, die ihr Ziel verfehlen, verweigern Desserteuren Visa und der Ruf nach Waffenlieferungen ist ohrenbetäubend. Hierzu sage ich: Auch, wenn es keine Gewissheiten mehr gibt, so gibt es doch Haltungen.

Kein Mensch soll sterben für die Interessen ir-

gendwelcher Regierungen: Ich denke dabei an die jungen Männer in den Schützengräben, an die Frauen und Kinder in den Luftschutzkellern, an die alten Menschen, die ihr ganzes Leben in ein paar Plastiktüten davontragen müssen. Dann gibt es für mich nur einen Schluss: das Sterben muss aufhören, die Waffen müssen Schweigen. Sofort.

Ich bin mir klar, dass die ukrainischen Menschen, die durch die Aggression Tod, Vertreibung und Flucht erfahren, diese Worte als ungerecht empfinden. Und doch spreche ich sie aus, weil ich weiß, dass militärische Gewalt niemals Frieden bringt. Panzer, Haubitzen, Granaten und Raketen können tödliche Bedrohung abwenden, sie können dem Verbrechen Einhalt gebieten. Aber Frieden bringen, das können sie nicht. In diesem Krieg wird es keinen militärischen Sieger geben. Dieser Krieg endet – wie jeder Krieg – am Verhandlungstisch. Die Frage ist nur: wann?

Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Waffenlieferungen falsch sind. Deutschland sollte, schon aus der eigenen Geschichte heraus, als Friedensmacht und nicht mit Kriegserklärungen um sich werfen. Die Aufrüstungsspirale führt nicht zu Frieden, sondern zu neuen Kriegen und neuen Toten.

Und ich sage auch: Wer Verhandlungen statt Waffen fordert, der ist damit noch lange nicht unsolidarisch

mit der Ukraine, nicht moralisch verkommen oder ein Lumpenpazifist.

Wer gegen Waffenlieferungen ist, der erkennt vielmehr an, dass es kein Schwarz und Weiß mehr gibt, kein Gut und Böse. Sondern Zweifel, die einen umtreiben.

Und aus diesem Zweifel heraus sage ich: es macht mir Angst, wenn ich sehe, wie die Militarisierung der Sprache, die Aufrüstung in den Köpfen voranschreitet – wie Panzer verniedlicht werden, Drohnen fliegen und immer mehr Waffen gefordert werden. Wenn ich sehe, mit welcher Leichtigkeit die Milliarden für Kriegsgerät bewilligt werden, die im Frieden immer gefehlt haben. Wie ich sehe, wie Konzerne verdienen, die Dividenden steigen. Und am Ende den Preis dafür die Menschen zahlen, die um ihr Leben kämpfen.

Deshalb widert es mich auch an, wenn Vertreter der AfD sich hinstellen und sich als Friedenspartei aufspielen. Dabei geht es nicht um Frieden, sondern um nationalen Egoismus. Diese Partei steht zur Aufrüstung, sie will eine Militarisierung – die Menschen sind egal.

Und ja, natürlich ist ein Waffenstillstand noch kein gerechter, dauerhafter Frieden. Aber er ist der erste Schritt dahin, die notwendige Bedingung: Dass nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint. Niemals wieder Kinder zu Waisen werden.



Lehrkräfteausbildung: Keine Kleinstaaterei!

LINKE schlägt Staatsvertrag vor: Landtag berät dazu im Bildungsausschuss.

Kathrin Dannenberg
Landtagsabgeordnete

Bundesweit gibt es einen akuten Lehrkräftemangel. Jahrelang wurde in den meisten Bundesländern weit unter Bedarf ausgebildet. Brandenburgs Bildungsministerin Ernst hätte den Bildungsgipfel Mitte März als Chance nutzen müssen, um das brennende Thema anzusprechen und die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ auf Bundesebene weiter voranzubringen. Stattdessen übt sie sich in Kleinstaaterei und nimmt erst gar nicht teil. Das wird Brandenburgs Schulen nicht helfen.

Mitte März wurde beschlossen, dass bereits ab dem Wintersemester 2023/24 am Hochschulstandort Senftenberg das Lehramt studiert werden kann. Das ist gut, aber wird erst in der Zukunft wirken. Genau jetzt werden aber über 1.800 Fachkräfte pro Schul-

jahr an unseren Schulen benötigt.

Die Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN hat deshalb in der Landtags-sitzung Ende März beantragt, dass sich Brandenburg in der Kultusministerkonferenz für einen Staatsvertrag zur Deckung des Lehrkräftebedarfs einsetzt. Damit sollen sich alle Bundesländer verbindlich zu einer bedarfsdeckenden Ausbildung von Lehrkräften verpflichten. Es müssen gemeinsame Standards für die universitäre Ausbildung und für die



Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteiger:innen in das Lehramt geregelt werden. Die Bewältigung der Bildungskrise braucht zentrale Koordination und Steuerung. Der Antrag der LINKEN ist zumindest in den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung verwiesen worden.

Sie identifizieren sich mit Auffassungen der LINKEN?

Sie haben Lust, an den Offenen Worten ehrenamtlich mitzuarbeiten?

Zu schreiben, zu fotografieren, interessante Interviewpartner:innen zu finden?

Dann melden Sie sich:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Frauengeschichte(n)

**Margarete „Gretel“
Bergmann**

April



Von Gisela Zimmermann

Gretel wurde am 12.04.1914 in Laupheim/Württemberg als mittleres von drei Kindern einer jüdischen, aber assimilierten Familie geboren. Bereits als Kind war sie sehr bewegungsfreudig und sportbegeistert. Nach dem Realschulabschluss 1930 wechselte sie zum Ulmer Gymnasium und trainierte dort Leichtathletik. Bei den Süddeutschen Meisterschaften 1931 übersprang sie die 1,50 m und gehörte damit zu den besten deutschen Hochspringerinnen. Nach dem Abitur wollte sie an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin studieren, um Sportlehrerin zu werden. Ihr sportliches Ziel war die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1936. Mit der Machtübernahme der Nazis wurde sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft aus dem Sportverein ausgeschlossen und auch von der Hochschule bekam sie eine Absage. Gretel ging nach Großbritannien und an der London Polytechnic, wo sie Englisch lernte, konnte sie wieder trainieren. 1934 wurde sie mit 1,55 m britische Meisterin im Hochsprung und hoffte, für Großbritannien an den Olympischen Spielen teilnehmen zu können. Um den Olympiaboykott mehrerer Nationen wegen der Diskriminierung jüdischer Sportler abzuwenden, zwangen die Nazis Gretel zur Rückkehr nach Deutschland. Widerstrebend kehrte sie zurück, um Repressalien gegen ihre Familie zu verhindern. Trotz erschwelter Trainingsbedingungen erzielte sie Bestleistungen. Kurz vor Beginn der Spiele wurde ihr mitgeteilt, dass sie nicht für die Spiele nominiert wird. Daraufhin emigrierte sie in die USA, wo sie sich mit schlecht bezahlten Jobs durchschlug. Ihr Freund Bruno Lambert folgte ihr und 1938 heirateten sie. Auch in den USA gewann sie die nationalen Meisterschaften 1937 und 1938 im Hochsprung und 1937 im Kugelstoßen. Mit Kriegsbeginn beendete sie ihre Karriere und widmete sich ihrer Familie. Gretel starb am 25.07.2017 in New York.

Die Türkei vor der Wahl: Chance für einen Wechsel?

Die LINKE Panketal lädt ein:

**24. April 2023, 19 Uhr,
Rathaus Panketal, Ratssaal,
Schönower Str. 105**

Gastreferentinnen:

Julia Wiedemann

Leiterin des Bereichs internationale Politik der LINKEN

Gökay Akbulut

Sprecherin für Migration, Familie und bürgerliches Engagement in der Bundestagsfraktion der LINKEN und stellvertretende Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Eintritt: frei

DIE LINKE.
Ortsverband Panketal

27. April, 19.30 Uhr.

Autorenlesung mit Lea Streisand „Hätt‘ ich ein Kind“
Veranstaltungsort: Ofenhaus Bernau, Weinbergstr. 3. Eintritt: 15 €.

30. April, 11 bis 16 Uhr.

Auftakt: Bernau liest ein Buch!
Veranstaltungsort: Kunst- und Handwerkermarkt, am Steintor, Hussitenstr. 1 Eintritt 3 €.

2. Mai, 19.30 Uhr.

Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen: Autorenlesung mit Brigitte Albrecht;
Veranstaltungsort: Buchhandlung Schatzinsel, Eintritt: 5 €.

10. Mai, 15 Uhr.

Zum Jahrestag der Bücherverbrennung: Gegen das Vergessen!
Veranstaltungsort: Galerie Bernau, Eintritt frei.

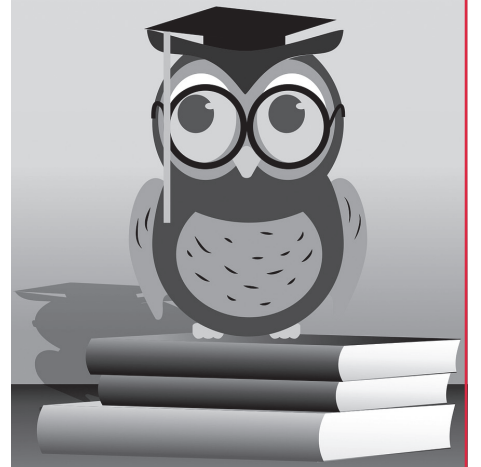
Politikerin Dagmar Enkelmann und Buchhändlerin Sylvia Pyrlík laden zur Lesung unter dem Motto „Krieg ist Scheiße“ ein.

11. Mai, 19.30 Uhr.

„Die im Dunkeln sieht man nicht“ ein Brecht-Abend mit Liedern und Texten, mit Peter Siche und Klaus Schäfer zum 125. Geburtsatg von Bertold Brecht.
Veranstaltungsort: Buchhandlung Schatzinsel, Preis: 10 €

Kartenvorverkauf: Buchhandlung Schatzinsel, Tel.: 03338/761991 oder E-mail: info@schatzinsel-bernau.de; Laden: Alte Goethestraße 2c.

**Angebote der
„Besten
Buchhandlung
Deutschlands“**



Preisrätsel

Gewinner der Februar-Ausgabe: M. Strunz, Panketal.

Lösungswort dieser Ausgabe: Die grau unterlegten Felder benennen eine traditionelle, Friedensinitiative, bis zum 20. Mai 2023 an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de.

Gespendeter Preis dieser Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 2. ägypt. Gottheit, 6. weibl. Bühnenrolle, 9. Schornstein, 10. Nadelbaum, 11. Kurzf. eines weibl. Vornamens, 12. Luftdruckgebiet, 13. Jugendliche, Abk., 14. röm. Mondgöttin, 17. Lotterieschein, 18. geschnittenes Holz, 21. brit. Sängerin, geb. 1988, 23. nordamerikan. See, 25. schweizer. Kanton, 26. Fehlleitung, 28. Teesorte, 29. Volk in Westafrika, 30. Schulfestsaal, 31. veralt.: 2 Monate, 36. Schilfrohr, 38. Schlagzeile, 40. Döbel, 42. Parasit, Blutsauger, 44. Pionierin der dt. Frauenbewegung, erste Berufsberatungseinrichtung, 48. großes Säugetier, 50. röm. Schutzgott, 52. dichter.: kastriertes Rind, 53. alter Name f. Thailand, 55. Unbek. Flugobjekt (Abk.), 57. religiöse Bejahung, 59. Abfall, 60. erster ind. Premierminister (1889-1964), 62. gekocht, 64. Fischfett, 66. Druckstöße d. Herzens, 67. Erbgutträger (Mz.), 69. Besitzanzeige, 70. weibl. Wassergeist, 71. Aronstab, 72. span.: drei, 73. kritisierende Kunstform

Senkrecht: 1. Vogelarbeit im Frühjahr, 2. Symbol eines Frühlingsfestes, 3. philosoph. Begriff, 4. Bezeichnung f. eine polit. Richtung, 5. Almbauer, 6. Kloostervorsteher, 7. Wäscheschnur, 8. Drall einer Kugel, 15. Computernutzer, 16. Schulabschluss (Kurzf.), 17. Ölpflanze, 19. unentschiedenes Spiel, 20. Tierpfote, 22. Nebenfluss d. Donau, 24. Gleichklang in Versen, 27. Vogelgattung, 29. schweizer. Fluss, 30. Lebensjahre, 32. altlatein. Bibelübersetzung, 33. altes Testam.: Zwillingbruder Jakobs, 34. Gegenteil v. lebendig, 35. Kranichvogel, 37. europ. Strom, 39. Handlung, Tun, 41. Nebenfluss d. Donau, 43. Schulversammlungsraum, 45. Verbrennungsrückstand, 46. ungar. Kavallerist, 47. Sinnesorgan, 49. Weltfußballverband (Abk.), 51. asiat. Strom, 54. weibl. Vorname, 55. Dokument, 56. Ohrenuntersuchungsgerät, 58. Beherztheit, 60. Nusskonfekt, 61. weibl. Huhn, 63. Liebreiz, 65. Papierzählmaß, 66. Hafenmole, 68. Gefrorenes

